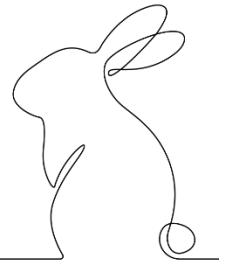




SABINE   
**POSCHMANN** FÜR DICH. FÜR DORTMUND.



# INFOPOST

31. März 2023

AUSGABE 2/2023

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,*

fast drei Tage saßen die Spitzenpolitiker:innen der Koalition zusammen, um offene Punkte zu klären. Ein wichtiges Signal für die zukünftige Zusammenarbeit: Wir schieben keine Probleme, die nicht geeint sind, wir finden gemeinsam Lösungsmöglichkeiten! So hat es vor allem Einigungen beim Ausbau des Klimaschutzes gegeben: Mehr Tempo beim Ausbau von Schiene, Wind- und Solaranlagen sowie bei der Modernisierung von stauanfälligen Autobahnabschnitten. Wir führen einen CO2-Zuschlag auf die LKW-Maut ein und die Einnahmen investieren wir wiederum in den Ausbau der Schiene. Erneuerbare Energien und Naturschutz sollen stärker zusammengedacht werden und insgesamt mehr Flächen erhalten. Den Austausch alter Heizungen gestalten wir sozial gerecht – dazu unten mehr. Es geht mit dieser Koalition weiter in Richtung Zukunft und das ist gut so! 😊

## *Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren*

Windenergieparks, Bahnstrecken, Industrieanlagen, große Einkaufszentren – all diese Projekte brauchen Platz. Die damit einhergehenden Konflikte um die Flächennutzung kosten oft viel Zeit und Geld. Deshalb haben wir nun das Raumordnungsgesetz überarbeitet. Verfahren werden entschlackt, indem Doppelprüfungen vermieden werden. Zudem gibt es zukünftig einen verbindlichen Zeitrahmen von maximal sechs Monaten für die Verträglichkeitsprüfungen. So gibt es keine Verzögerungen mehr im weiteren Prozess.

Darüber hinaus haben wir mit der Umsetzung der EU-Notfallverordnung Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen an Land und auf See, für Stromnetze sowie für die Installation von Solarenergieanlagen, Wärme- und Erdwärmepumpen verkürzt. Mit den Paketen zur Planungsbeschleunigung im vergangenen Jahr und der Novelle der Verwaltungsgerichtsordnung in diesem Jahr gehen wir so einen weiteren großen Schritt, um unsere Ziele beim Klimaschutz und der Transformation der Wirtschaft zu erreichen.

Berliner Büro

Tel.: 030 227 78494

Fax: 030 227 76496

[sabine.poschmann@bundestag.de](mailto:sabine.poschmann@bundestag.de)

Wahlkreis-Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

[sabine.poschmann.ma04@bundestag.de](mailto:sabine.poschmann.ma04@bundestag.de)

[www.sabine-poschmann.de](http://www.sabine-poschmann.de)

<https://www.facebook.com/poschmann.spd>

## *Wir verkleinern den Bundestag*

In der vergangenen Sitzungswoche haben wir die Verkleinerung beschlossen! Über den ersten Entwurf hatte ich euch bereits im Januar informiert. Nun gab es noch folgende Änderungen:

Künftig wird die Größe des Bundestages 630 Sitze betragen. Es wird keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr geben. Damit ist sichergestellt, dass der Bundestag nicht wie in den vergangenen Legislaturperioden immer weiter anwächst. Es bleibt bei der bisherigen Anzahl an Wahlkreisen, jedoch erhöhen wir die vorgegebene gesetzliche Größe des Bundestages von 598 auf 630 Sitze. Der Grund dafür: Wir stellen sicher, dass mehr direkt gewählte Kandidierende ins Parlament einziehen können und weniger Wahlkreise unbesetzt bleiben. Außerdem fällt die Grundmandatsklausel weg. Bislang hat diese dazu geführt, dass Parteien bei drei gewonnenen Direktmandaten in den Bundestag einziehen konnten, obwohl ihr Zweitstimmenergebnis unter fünf Prozent lag. Dies ist beispielsweise aktuell bei der Linken der Fall. Des Weiteren wird die Bezeichnung „Erststimme“ und „Zweitstimme“ beibehalten. Das neue Wahlrecht ist einfacher und gerechter. Es betrifft im Ergebnis alle Fraktionen gleichermaßen und jede muss Abstriche machen. Das war nur möglich, weil die Ampelfraktionen nicht auf den eigenen Vorteil geschaut haben, so wie bislang die Union, die über Jahre Reformen blockiert hat.

Es kann zu weiteren Änderungen kommen, da wir den Bundestag gern paritätisch besetzen, das Wahlalter auf 16 Jahre absenken und die Wahlperiode auf fünf Jahre verlängern würden. Dafür brauchen wir allerdings eine Zweidrittelmehrheit, die wir nur mit der Union haben. Es war also nicht möglich, die Verkleinerungen und Veränderungen in einem Schritt zu vollziehen. Weitere Verhandlungen sind notwendig.

---

## *Verbot neuer Öl- und Gasheizungen ab 2024*

Die Ankündigung, den Einbau einer Öl- und Gasheizung im Bestand ab 2024 zu verbieten, sorgte für viel Wirbel und Verunsicherung. Auch wenn noch kein detaillierter Entwurf auf dem Tisch liegt, steht fest, dass wir zwar eine Wärmewende im Gebäudesektor brauchen, diese aber sozial gestaltet sein muss. Das heißt, wir brauchen praktikable Härtefalllösungen, Übergangsfristen und finanzielle Unterstützung für den Fall, dass die alte Heizung kaputt geht, Handwerker fehlen, die neue Heizung im Vergleich deutlich teurer ist oder der Anschluss ans Wärmenetz länger dauert. Dazu gibt es bereits einige Vorschläge.

Was auch fest steht, ist, dass es keine sofortige Austauschpflicht gibt. Sofern eine bestehende Heizung ordnungsgemäß funktioniert, kann diese weiterhin genutzt werden. Auch sind Reparaturen weiter möglich. Ist die Heizung also nur defekt und kann repariert werden, darf sie weiterhin betrieben werden.

Sobald der Gesetzentwurf den Bundestag erreicht, werden wir ihn ausführlich prüfen und überarbeiten. Aber noch wird er innerhalb der Ministerien abgestimmt, so dass ich auch hier noch einige Änderungen erwarte.

## ***Die Ausbildungsgarantie kommt!***

Eine langjährige Forderung der SPD und der Gewerkschaften wird umgesetzt: Mit dem 1. Weiterbildungsgesetz kommt die Ausbildungsgarantie, also der Rechtsanspruch auf einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz. Hintergrund ist, dass mehr als zwei Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren in Deutschland ohne Berufsabschluss sind. Das wollen wir ändern – auch um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Deswegen wird es weitere Maßnahmen wie ein gefördertes Orientierungspraktikum und einen Mobilitätszuschuss geben.

Der Kabinettsentwurf von Arbeitsminister Hubertus Heil nimmt aber auch die Weiterbildung in den Blick. Angebote für Beschäftigte werden verbessert, vor allem wenn sich ihre Arbeitswelt aufgrund von Digitalisierung oder Strukturwandel verändert. So gibt es ein Qualifizierungsgeld für Unternehmen, die sich anpassen müssen. Ihre Mitarbeiter:innen können damit zielgerichtet weitergebildet werden und so im Unternehmen bleiben. Zudem wird die Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten vereinfacht und ausgeweitet.

---

## ***Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen***

Neben den klugen Köpfen im Inland brauchen wir weitere aus dem Ausland, denn der Bedarf an Fachkräften ist groß! Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz eröffnen wir Menschen außerhalb der EU deutlich mehr Möglichkeiten, in Deutschland zu arbeiten. Hubertus Heil hat auch diesen Gesetzentwurf diese Woche ins Kabinett eingebracht. Ihr seht, wir lösen Probleme!

Folgendes ist vorgesehen: Sind Arbeitgeber:innen beispielsweise tarifgebunden oder zahlen angemessen, braucht es bei den meisten Berufen keine Anerkennung des ausländischen Abschlusses mehr. Die Arbeitnehmer:innen müssen jedoch über sehr gute berufspraktische Erfahrungen verfügen. Sind sich Arbeitgeber:in und Beschäftigte einig, kann das Anerkennungsverfahren nach Einreise eingeleitet und zeitgleich mit der Arbeit begonnen werden.

Mit der Einführung einer Chancenkarte und einem Punktesystem – ähnlich wie in Kanada – wird es außerdem einfacher, einen Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen. Darüber hinaus sollen bürokratische Hürden abgebaut und Verfahren für die Erteilung eines Visums beschleunigt werden.

---

## ***Bilanz und Perspektiven für den Sport***

Gestern wurde der 15. Sportbericht der Bundesregierung im Bundestag vorgestellt. Als sportpolitische Sprecherin habe ich dies zum Anlass genommen, den Ehrenamtlichen im Sport in meiner Rede zu danken. Ohne sie wäre vieles nicht möglich! So hat der Bund zwar finanziell in der Pandemie unterstützt, aber es waren auch viel Engagement und kreative Ideen vor Ort nötig, um durch diese Zeit zu kommen.

Der Bericht zieht eine Bilanz der sportpolitischen Entwicklung in Deutschland von 2018 bis 2021: Ergebnisse wichtiger Sportereignisse, Förderungen für den Breiten- und Spitzensport sowie spezielle Maßnahmen aufgrund der Pandemie. Insgesamt sind 2,3 Milliarden Euro an Mitteln in diesem Zeitraum in die Sportförderung geflossen. Aber es wird auch ein Blick auf anstehende Aufgaben geworfen. Dazu gehört die Umsetzung der Neustrukturierung der Spitzensportförderung sowie des Breitensports. Mit

dem „Entwicklungsplan Sport“ wollen wir Deutschland wieder mehr in Bewegung bringen, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch, um die Gesellschaft in den Vereinen zusammenzubringen und zu stärken. Hinsichtlich des Sanierungsstaus bei den Sportstätten ist es richtig, dass der Bund finanziell unterstützt – wie im Beispiel der Sanierung des Freibades Stockheide. Die Förderung sollte meiner Meinung nach aber zielgerichteter sein und dabei auch soziale Aspekte berücksichtigen.

---

## *Demokratie fördern!*

Die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von rechts. Wir halten dagegen! Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir die gesetzliche Grundlage dafür, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren kann. Das ging bislang rechtlich nicht. Das ist eine wichtige Nachricht für Vereine und Verbände, die sich für die Gemeinschaft und ein gutes Miteinander einsetzen.

Eine weitere gute Nachricht: Die Mittel sind mit den Jahren gestiegen. Standen 2016 für die beiden größten Bundesprogramme „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ noch 62,5 Millionen Euro bereit, so sind es in diesem Jahr schon 182 Millionen Euro. Diese Projekte können nun verstetigt werden. Davon profitiert auch Dortmund, da sich die Stadt im Rahmen der „Partnerschaft für Demokratie“ engagiert und Mittel erhält.

---

## *+++ Kurzmeldungen +++*

- Das Deutschland-Ticket kommt: Ab dem 1. Mai gilt es bundesweit, digital und vorübergehend auch in Papierform. 49 Euro für alle Regionalbahnen und den ÖPNV in ganz Deutschland!
  - Digitale Mitgliederversammlungen bleiben: Vereine dürfen künftig hybride Versammlungen (also sowohl digital als auch in Präsenz) einberufen; rein digitale Versammlungen sind – durch Beschluss der Mitglieder – ebenfalls möglich.
  - Mehr Inklusion auf dem Arbeitsmarkt: Wir erhöhen die Ausgleichsabgabe, also die Zahlung von größeren Arbeitgeber:innen, wenn diese trotz Beschäftigungspflicht keinen Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen. Die Gelder fließen nun vollständig in die Förderung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen.
- 

Das war schon die letzte Sitzungswoche vor der kurzen Osterpause. Am Samstag gehe ich noch zur Kirmeseröffnung am Fredenbaum und hoffe anschließend auf einen Auswärtssieg unseres BVBs in München. Ich wünsche euch schöne Ostern und viele bunte Eier! 🐰🥚

Eure

*Sabine*